



## Interview mit Wolfgang Lemb und Philippe Portier

# Strukturbrüche verhindern, Strukturwandel gestalten – neue Chancen für die Just Transition

**Das Konzept der »Just Transition« (des »gerechten Übergangs«) hat angesichts der aktuellen Gesundheits- und Wirtschaftskrise an Brisanz gewonnen. Was würden Sie derzeit als gerecht bezeichnen, und inwieweit hat die Pandemie die Voraussetzungen für die Just Transition in Deutschland und Frankreich verändert?**

**Philippe Portier** Uns ist seit langem klar, dass der ökologische Wandel gerecht gestaltet werden muss, da andernfalls die Gefahr besteht, dass er in verschiedenen Bereichen Konflikte und Brüche hervorruft. Die Corona-Krise hat die Wahrnehmung vieler Akteure verändert und gewisse Grenzen – insbesondere die der Globalisierung – stärker ins öffentliche Bewusstsein gerückt. Zwei Faktoren sind meines Erachtens für einen gerechten Übergang unverzichtbar. Erstens setzt er eine Solidarität zwischen den Ländern voraus. Wenn wir die Ziele des Pariser Klimaschutzabkommens erreichen wollen, müssen wir dieser globalen Herausforderung mit globalen Antworten begegnen. Dafür bedarf es einer Solidarität der am weitesten entwickelten Staaten mit den Entwicklungsländern. Zweitens benötigt dieser Übergang eine klare Prioritätensetzung und Steuerung, eine proaktive Industriepolitik auf nationalstaatlicher und europäischer Ebene, sowie wirkungsvolle Maßnahmen im Agrar- und Energiesektor. Neben den Nationalstaaten sind hier auch die Unternehmen in der Pflicht. Durch die Corona-Pandemie ist die Finanzierung des ökologischen Wandels komplexer geworden. Momentan haben die Bewältigung der Gesundheitskrise und die Rettung der Unternehmen vor Insolvenzen durch die massive Bereitstellung staatlicher Zuschüsse absolute Priorität. Im Anschluss daran wird es, vermutlich im Laufe des Jahres 2021, eine

zweite Phase der wirtschaftlichen Stabilisierung geben. Dann werden andere Mechanismen zur Stützung der Wirtschaft notwendig sein, bevor schließlich eine Phase der Erholung einsetzt, in der es darum gehen muss, den Fokus auf ökologischere, grünere Produktionsformen zu richten. Das ist das Paradoxe an der derzeitigen Krise: Sie macht die Dinge komplexer und birgt gleichzeitig die Chance, einen Neustart in die richtige Richtung zu vollziehen. Es gibt zahlreiche Handlungsschwerpunkte, über die es sich in diesem Zusammenhang nachzudenken lohnt, z.B. Energie und Landwirtschaft, die Verkürzung von Lieferketten oder die notwendige Anpassung an den Klimawandel.

**Wolfgang Lemb** Die Antwort auf Ihre Frage hängt natürlich immer von der jeweiligen Perspektive ab. Aus Sicht der Unternehmen wäre es vermutlich gerecht, die Bedingungen für die Profitmaximierung beizubehalten. Die IG Metall dagegen definiert den gerechten Übergang als Herausforderung der Transformation. Die Bewältigung dieser Transformation haben wir unter ein Label gestellt, das aus meiner Sicht die wesentlichen Anforderungen widerspiegelt: »Transformation gestalten: sozial, ökologisch und gerecht!«. Wir sehen drei wesentliche Treiber dieser Transformationsprozesse: erstens den Klimawandel, der den Abschied vom Verbrennungsmotor notwendig macht und neue Anforderungen an (Elektro-)Mobilität mit sich bringt, zweitens die Digitalisierung, und drittens die Globalisierung und die damit verbundene Veränderung der ökonomischen Zusammenhänge. Ein erfolgreicher Übergang hängt von unserer Fähigkeit ab, den Druck dieser Treiber abzufedern, Strukturbrüche zu verhindern und den Strukturwandel zu gestalten. Das heißt in erster Linie, dass wir Beschäftigung sichern und

## Green Deal reloaded – Perspektiven für eine nachhaltige und gerechte Transformation der EU

N° 3,24. Februar 2021

Beschäftigte für die neuen Technologien qualifizieren müssen. Die Corona-Pandemie wirkt hier wie ein Brandbeschleuniger. Wir müssen aufpassen, dass sich die bereits bestehende massive soziale Schieflage in der EU, aber auch weltweit, durch die Pandemie und die ökologische Transformation nicht noch weiter verschärft – eine Gefahr, die momentan sehr real gegeben ist. Und wir sollten versuchen, die Situation als Chance zu begreifen, eine doppelte Rendite zu erzielen. So werden derzeit Milliarden öffentlicher Mittel direkt in Unternehmen gepumpt, um die ökonomischen Folgen der Krise abzumildern. Es wäre geradezu verrückt, dies nicht mit den notwendigen Zukunftsinvestitionen in neue, klimafreundliche Technologien wie der Kreislaufwirtschaft, dem Ausbau der erneuerbaren Energien und der Wasserstofftechnologie sowie einer klimaschonenden Mobilität zu verknüpfen. Und bei aller Kritik im Einzelnen begrüße ich den gemeinsamen Ansatz, den Deutschland und Frankreich hier verfolgen.

### Vor welchen spezifischen Herausforderungen stehen die Kohleregionen in diesem Zusammenhang, und sind nur sie von der Frage des gerechten Übergangs betroffen?

**Wolfgang Lemb** In Deutschland hat sich die Kohlekommission gerade erst auf das Ziel verständigt, bis 2038 aus der Kohleverstromung auszusteigen. Diese politische Verpflichtung ist wichtig, aber jetzt beginnt der eigentliche Prozess: Was machen wir mit den 40 Milliarden Euro, die für den Strukturwandel zur Verfügung stehen? Was heißt das für die drei betroffenen Regionen, also das Mitteldeutsche Revier, das Rheinische Revier und die Gebiete in Brandenburg und Ostsachsen, wo die Bevölkerung seit Jahrzehnten von der Kohle gelebt hat? Wie sieht unser Konzept für die Zukunft aus, welche Alternativen sind denkbar? So stellt sich beispielsweise Brandenburg, wo es bereits eine Wasserstoffinitiative und eine angesiedelte Batterieproduktion von Mercedes gibt, die Frage, wie daraus eine »Energie-Region der Zukunft« entstehen kann. Ich würde die Prognose wagen, dass die nächsten fünf bis zehn Jahre stark davon geprägt sein werden, diese konkreten Transformationsprozesse in den Kohleregionen umzusetzen. Der Erfolg hängt davon ab, ob neue industrielle Beschäftigung entsteht und vor allem, ob und wie wir die Menschen mitnehmen und

für die nötige Akzeptanz dieser Maßnahmen sorgen. Und natürlich stehen nicht nur die Kohleregionen vor den Herausforderungen eines gerechten Übergangs – ganz im Gegenteil. Vom Strukturwandel in der Automobilindustrie durch den Mobilitätswandel sind etliche weitere Regionen betroffen: Niedersachsen, Thüringen, große und wirtschaftlich bedeutende Teile von Bayern und die High-Tech-Region um Stuttgart in Baden-Württemberg. Darüber hinaus das komplette Saarland, wo viele Automobilzulieferer angesiedelt sind und die Stahlindustrie vor der Aufgabe steht, klimaneutralen Stahl zu produzieren. Allein im Bereich der Metall- und Elektroindustrie stehen durch diesen Wandel aktuell rund 200.000 Arbeitsplätze zur Disposition. An diesem praktischen Beispiel wird deutlich, dass die Herausforderungen – zumindest aus deutscher Perspektive – noch immens sind.

**Philippe Portier** In Frankreich, insbesondere in Lothringen und im Norden des Landes, hatten wir es in der Vergangenheit eher mit Fabrikschließungen zu tun, die von gewaltsamen sozialen Auseinandersetzungen geprägt waren. Die Beschäftigten kämpften dabei um ihre soziale Anerkennung und forderten die Wiederaufnahme der Geschäftstätigkeit. Zum damaligen Zeitpunkt befand sich die Wirtschaft in einer komfortablen Phase des kontinuierlichen Wachstums. Nun hat sich die Lage geändert, was die Dinge komplizierter macht. Um solche Übergänge gerecht und demokratisch zu gestalten, muss man die Beschäftigten, die Gebietskörperschaften und die Regionen einbeziehen. In einigen der damals betroffenen Regionen hat sich in der Folge eine starke Automobilindustrie angesiedelt, die nun selbst zum Wandel gezwungen ist. Die Zahl der Arbeitsplätze am Ende dieses Prozesses wird in der Automobilbranche nicht dieselbe sein wie heute. Es sind also durchaus nicht nur die Kohleregionen betroffen. Auch der Agrarsektor wird sich tiefgreifend wandeln müssen. Meines Erachtens berührt das Thema Just Transition potenziell alle Regionen – auch solche, die momentan keine hohe wirtschaftliche Aktivität verzeichnen, denn die Karten werden neu gemischt, und die Regionen erhalten die Gelegenheit, ihre Wirtschaft wieder anzukurbeln. Darüber hinaus beobachten wir, dass ein bestimmter Personenkreis, für den durch das Arbeiten auf Distanz keine Notwendigkeit mehr besteht, in unmittelbarer

## Green Deal reloaded – Perspektiven für eine nachhaltige und gerechte Transformation der EU

N° 3,24. Februar 2021

Nähe der Wirtschaftsstandorte und Metropolen zu leben, zur Wiederbelebung wirtschaftlich schwacher Regionen beitragen kann.

### Welche Zwischenbilanz lässt sich ein Jahr nach der Ankündigung des europäischen Green Deals hinsichtlich seiner Umsetzung ziehen? Nach welchen Kriterien sollten die Mittel des Just Transition Fund (Fonds für einen gerechten Übergang) verteilt werden?

**Philippe Portier** Ich denke, ein guter Anfang ist gelungen. Die auf europäischer Ebene eingerichtete Taxonomie erscheint mir sinnvoll, auch wenn sie noch verbessert werden kann. Es bräuhete erheblich umfangreichere Mittel als die, mit denen der lediglich auf bestimmte Regionen ausgerichtete Fonds für einen gerechten Übergang derzeit ausgestattet ist, um einen systemischen Ansatz zu verfolgen. Hierzu wäre es notwendig, dass die EU diese Mittel erhöht, etwa durch Aufnahme von Krediten. Auch die Idee einer CO<sub>2</sub>-Steuer an den EU-Außengrenzen ist ein entscheidender Baustein für die Finanzierung und den Erfolg des Übergangs, ebenso wie eine Erhöhung des CO<sub>2</sub>-Preises. Außerdem müssen erhebliche steuerliche Anreize geschaffen werden, die für die Unternehmen jedoch vorhersehbar sein müssen. Die staatliche Investitionsbank Bpifrance, die den Unternehmen finanzielle Unterstützung für ihre Exporte anbietet, hat kürzlich ihre Kriterien überarbeitet und wird sich künftig stärker auf die Unterstützung klimafreundlicher Projekte konzentrieren. Diese Politik, die darauf abzielt, öffentliche Zuschüsse an Nachhaltigkeitsaspekte zu knüpfen, zeugt von einem echten Mentalitätswandel und könnte auf europäischer Ebene vereinheitlicht werden.

**Wolfgang Lemb** Auch wenn wir erst ein Jahr nach der Ankündigung stehen, fällt auch meine erste Zwischenbilanz positiv aus. Mittlerweile werden weder der Green Deal noch die Tatsache in Frage gestellt, dass für seine Umsetzung erhebliche Anstrengungen notwendig sind. Konkret heißt das für Deutschland, dass es seine Treibhausgase um 65% reduzieren muss. In den nächsten Monaten sind auf europäischer Ebene die praktischen Fragen zu klären: Was heißt dieses Ziel im Hinblick auf CO<sub>2</sub>-Grenzwerte für die Automobil-

industrie in Europa und für die deutsch-französische Wasserstoff-Initiative? Die besten Ideen werden verpuffen, wenn wir nicht europäisch beschließen, eine flächendeckende Wasserstoff-Versorgungsinfrastruktur aufzubauen. Die Frage der Energiepreise für Verbraucherinnen und Verbraucher sowie Unternehmen muss angesichts des internationalen Wettbewerbs neu geregelt werden, ebenso wie das Carbon Leakage, die Verlagerung von Kohlenstoffdioxid-Emissionen in Drittstaaten, wodurch Technologien und Arbeitsplätze abwandern. Vor allem müssen die Carbon Border Tax und andere Grenzausgleichsmechanismen, welche die europäische Industrie und ihre Arbeitsplätze vor beispielsweise chinesischen Aktivitäten schützen, umgesetzt werden. Zu guter Letzt dürfen sich Deutschland und Frankreich nicht scheuen, auch für strittige Themen – wie die Frage der Atomenergie – Lösungen zu erarbeiten. Aus meiner Sicht ist die Atomenergie aufgrund der ungeklärten Entsorgungssituation keine zielführende Zukunftstechnologie.

Hinsichtlich des Fonds für einen gerechten Übergang sind auch wir uns im »Bündnis Zukunft der Industrie«, einer Initiative der Wirtschaftsverbände und der Industriegewerkschaften, darin einig, dass die geplanten Mittel nicht ausreichen werden. Zunächst sind Konzepte für einen erfolgreichen gerechten Übergang zu entwickeln, damit davon ausgehend Kriterien für die Verteilung der Mittel erarbeitet werden können. Dabei ist die Einbeziehung der Gebietskörperschaften und Regionen essenziell, damit am Ende tatsächlich ein konkreter Nutzen für die betroffenen Menschen entsteht. Modelle müssen durch strukturelle politische Initiativen in den Regionen entwickelt werden. Die IG Metall hat daher Pilotregionen definiert, deren Erfahrungen als Modellprojekte des gerechten Übergangs dienen sollen. Hierzu gehört neben der Region »Südost-Niedersachsen« oder der Region um Regensburg auch das gesamte Saarland. In den Pilotregionen werden derzeit »Regionale Innovationscluster« mit Weiterbildungsverbänden und anderen regionalen Stakeholdern eingerichtet.

**Philippe Portier** Die Frage der Atomenergie ist nach wie vor in Frankreich umstritten. De facto hat unser Land nicht unbedingt die Wahl: Über 80% des französischen Stroms stammen noch aus Atomkraft, ein

## Green Deal reloaded – Perspektiven für eine nachhaltige und gerechte Transformation der EU

N° 3,24. Februar 2021

kompletter Ausstieg ist deshalb undenkbar. Daher wird die Debatte in Frankreich zwangsläufig anders geführt als in Deutschland. Im historischen Vergleich fällt die Bilanz der Kernenergie unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten mit Blick auf den CO<sub>2</sub>-Ausstoß und die Zahl der Todesopfer deutlich besser aus als die der Kohle. Das bedeutet jedoch nicht, dass man diesen Weg unbedingt weiter beschreiten sollte. In einigen Jahren wird die Frage der Atomkraft in der öffentlichen Debatte neu gestellt werden, denn die französischen Kernkraftwerke sind zum Teil überaltert und man wird sich für oder gegen den Bau neuer Atommeiler entscheiden müssen. Momentan ist die Mehrheit der französischen Bevölkerung für die Beibehaltung der Kernkraft. Daraus lassen sich jedoch keine Rückschlüsse auf den möglichen Ausgang einer künftigen nationalen Atomkraftdebatte ziehen. Ein besorgniserregender Faktor in der Energiegleichung, der meines Erachtens unsere Aufmerksamkeit verdient, sind die seltenen Erden, die als Ressource für die Gewinnung erneuerbaren Energien gebraucht werden und über welche die EU keinerlei direkte Handhabung hat. Ihre Mitgliedstaaten verfügen nicht über diese Rohstoffe, die nur in wenigen Ländern – unter anderem China – vorkommen. Ökologische Überlegungen sprechen ebenso wie ökonomische zwar für die erneuerbaren Energien, da es mittlerweile einen klaren Preisvorteil gegenüber der Atomkraft gibt. Der strategische Gedanke der Energieunabhängigkeit bleibt jedoch relevant und spricht für die Nutzung der Kernenergie. Die Debatte ist also komplex und lässt sich nicht auf ein einfaches Pro und Contra reduzieren. Nichtsdestotrotz ist es wichtig, dass Frankreich den Anteil der Atomenergie an seinem Strommix weiter senkt und in die beste Energiequelle überhaupt investiert – die Energieeffizienz. Außerdem sollte das Recycling stärker gefördert werden, insbesondere mit Blick auf bestimmte Materialien wie die seltenen Erden.

**Welche konkreten deutsch-französischen Projekte sollten im Rahmen der Konjunkturprogramme unterstützt werden, um den sozialen und wirtschaftlichen Wohlstand aufrechtzuerhalten, ohne die ambitionierten Klimaschutzziele zu vernachlässigen?**

**Wolfgang Lemb** Es gibt einige Projekte, die in die richtige Richtung gehen, wie etwa die Europäische Batterie-Allianz, die auf eine deutsch-französische

Initiative zurückgeht. So haben beispielsweise die Konzerne Groupe PSA, Opel, Total und Saft das Joint Venture »Automotive Cells Company« (ACC) gegründet und werden künftig in Nordfrankreich und Kaiserslautern Batteriezellen produzieren, wodurch schätzungsweise 2.500 neue Arbeitsplätze entstehen werden. Emmanuel Macron spricht in diesem Zusammenhang gerne vom »Airbus der Batteriebranche«. Ein weiteres gelungenes Beispiel ist die deutsch-französische Kooperation beim Thema Wasserstoff, wo sich die Deutsche Energie-Agentur (dena) und die französische Agentur für die Energiewende (ADEME) zumindest auf ein gemeinsames Vorgehen, eine Zielbeschreibung sowie auf ein Investitionsvolumen einigen konnten. Jenseits dieser klimapolitischen Initiativen sind die positiven deutsch-französischen Impulse hervorzuheben, welche die strategische Autonomie der europäischen Industrie fördern, beispielsweise durch die Entwicklung der europäischen Cloud GAIA-X oder durch die CLAIRE-Initiative zur Abstimmung von KI-Aktivitäten.

**Philippe Portier** Da eine Einigung der 27 Mitgliedstaaten häufig schwerfällt, können Initiativen der beiden stärksten europäischen Volkswirtschaften positive Entwicklungen innerhalb der EU anstoßen – das ist der Grundgedanke des deutsch-französischen Tandems. Insbesondere gemeinsame Projekte mit erheblichem Investitionsbedarf – etwa auf den Gebieten der Quanteninformatik und der Cybersicherheit oder im Bereich der Wasserstofftechnologie, wo es bereits eine deutsch-französische Kooperation gibt – könnten dadurch ins Auge gefasst werden. Empfehlenswert wäre in jedem Fall die Einrichtung eines gemeinsamen Organs für industriepolitische Richtungsentscheidungen. So gibt es bereits eine Arbeitsgruppe der französischen Gewerkschaften, die über Fragen der Industriepolitik und der deutsch-französischen Zusammenarbeit der Regierungen nachdenkt. Die Wirtschaftsminister unserer beiden Länder sollten sich auch auf die Arbeitnehmervertreterinnen und -vertreter stützen. Das könnte einen gerechten und demokratischen Übergang erheblich erleichtern.

## Green Deal reloaded – Perspektiven für eine nachhaltige und gerechte Transformation der EU

N° 3,24. Februar 2021

### Die Autoren

Wolfgang Lemb ist seit November 2013 geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall. Der gelernte Universalfräser ist zuständig für transnationale Gewerkschaftspolitik, Industrie-, Energie- und Strukturpolitik sowie für die Perspektive Ost.

Philippe Portier ist Nationaler Sekretär im Exekutivkomitee der französischen Gewerkschaft CFDT und zuständig für die Bereiche Wirtschaftspolitik, Industrie, Entwicklung der Regelungen zum sozialen Dialog, nachhaltiges Wachstum und gewerkschaftliche Vertretung.

### Die Publikationsreihe

Die Publikationsreihe »Green Deal reloaded – Perspektiven für eine nachhaltige und gerechte Transformation der EU« ist ein Projekt der Stiftung Genshagen und des Institut Montaigne im Rahmen des Genshagener Forums für deutsch-französischen Dialog. Vor dem Hintergrund der COVID-19-Krise und der europäischen Konjunkturprogramme soll ein hochrangiger deutsch-französischer Dialog zu zentralen Herausforderungen des Green Deals gefördert und Empfehlungen zu damit verbundenen gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Themen entwickelt werden. Die Reihe erteilt führenden französischen und deutschen Expertinnen und Experten das Wort, um ein nachhaltiges und widerstandsfähiges Zukunftsmodell der Europäischen Union zu skizzieren und ihre Handlungsfähigkeit als Akteur dieser ökologischen Transformation zu beleuchten.

### Bisherige Publikationen

[N° 1: Interview mit Patrizia Nanz und Sébastien Treyer: Wege zu einer nachhaltigen Transformation: nicht nur top-down, sondern auch bottom-up](#)

[N° 2: Interview mit Yann Le Lann und Sabrina Zajak: »Fight Every Crisis? Die Klimabewegung im Krisenmodus](#)

### Herausgeber

Stiftung Genshagen  
Am Schloss 1  
D-14974 Genshagen  
institut@stiftung-genshagen.de

### Übersetzung aus dem Französischen

Juliane Seifert

### Layout

mor-design.de

### Redaktion

Stiftung Genshagen: Marie Augère, Elisabeth Hoffmann, Thomas Goujat-Gouttequillet und Pauline Zapke  
Institut Montaigne: Alexandre Robinet-Borgomano und Anuchika Stanislaus

Die Stiftung Genshagen ist stets darum bemüht, auf eine gendergerechte Schreibweise zu achten. Um den Lesefluss nicht zu stören, wird bei Aufzählungen oder Aneinanderreihungen von Begriffen davon ausgegangen, dass das generische Maskulinum im geschlechtsneutralen Sinne verwendet wird.

Diese Publikationsreihe gibt ausschließlich die Meinung der Autorinnen und Autoren wieder. Alle Rechte vorbehalten. Abdruck oder vergleichbare Verwendung von Arbeiten der Stiftung Genshagen ist auch in Auszügen nur mit vorheriger schriftlicher Genehmigung gestattet.

© Stiftung Genshagen, 2021

### Das Genshagener Forum für deutsch-französischen Dialog

Das Genshagener Forum für deutsch-französischen Dialog wird seit 2010 in Kooperation mit dem Pariser Institut Montaigne organisiert. Angesichts der zahlreichen Herausforderungen, denen Europa gegenübersteht, müssen Deutschland und Frankreich in besonderem Maß Verantwortung für die Zukunft der EU übernehmen und an der Entwicklung gemeinsamer Strategien arbeiten. Das Genshagener Forum unterstützt diesen Prozess aktiv, indem es einen ergebnisorientierten Dialog und die Vernetzung von jungen Führungskräften beider Länder fördert. Die Teilnehmenden kommen aus Politik und Verwaltung, Wirtschaft, Wissenschaft und Medien, gehören der Altersgruppe zwischen 30 und 40 Jahren an und werden aufgrund ihrer Expertise persönlich eingeladen.

#ForumGenshagen



### Institut Montaigne

Das Institut Montaigne, gegründet im Jahr 2000 als unabhängiger Think-tank, ist eine Plattform für Reflektionen, Vorschläge und Experimente, die sich mit der staatlichen Politik in Frankreich und Europa beschäftigt. Durch seine Veröffentlichungen und die von ihm organisierten Veranstaltungen nimmt das Institut Montaigne eine aktive Rolle in der französischen und europäischen demokratischen Debatte wahr.

www.institutmontaigne.org  
@i\_montaigne f @institutmontaigne

INSTITUT  
MONTAIGNE



### Stiftung Genshagen

Die Stiftung Genshagen ist eine gemeinnützige Stiftung bürgerlichen Rechts. Stifter sind die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien und das Land Brandenburg. Die Stiftung ist eine Plattform des Austauschs zwischen Akteuren aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft, Kultur und Zivilgesellschaft. Sie fördert den Dialog zwischen Deutschland, Frankreich und Polen im Sinne des »Weimarer Dreiecks«.

www.stiftung-genshagen.de  
@SGenshagen f @StiftungGenshagen @stiftunggenshagen

 **Stiftung  
Genshagen**

Die vorliegende Publikationsreihe erscheint mit freundlicher Unterstützung von:



Unsere Stifter:

